

MV 11. Mai: Tatort Mindestlohn

Broschüre „Tatort Mindestlohn“ vorgestellt. MV unterstützt einstimmig Beschluss des Parteivorstandes zu Arbeitnehmerfreizügigkeit, Mindestlohn und Equal pay vom 28. März. Veranstaltung zu Mindestlohn mit Gudrun Giese und Vertreter des DGB für Juni geplant.

Das Thema Mindestlohn stand im Mittelpunkt der gut besuchten Mitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf am 11. Mai. Achim Kessler, stellvertretender Landesvorsitzender DIE LINKE. Hessen, stellte die [Broschüre „Tatort Niedriglohn“](#) vor. Die freie Journalistin Gudrun Giese listet in dieser Publikation detailliert die Erfolge, Probleme und Perspektiven im Kampf für den Mindestlohn auf.

Im Vorwort der Broschüre heißt es: Die Broschüre dokumentiert an vielen konkreten Beispielen, warum ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland überfällig ist. Sie zeigt zugleich, was man mit Branchenmindestlöhnen erreichen kann und was nicht.

In 20 Ländern der Europäischen Union gibt es branchenübergreifende gesetzliche Mindestlöhne. Was in anderen Ländern selbstverständlich ist, wird Beschäftigten in Deutschland verwehrt, nämlich der Schutz vor flächendeckendem Lohndumping.

SPD und Grüne haben mit den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 das Lohngefüge gezielt unter Druck gesetzt. Geringe Lohnzuwächse, die Ausweitung von Leiharbeit und Billigjobs sind die Ergebnisse dieser Politik. Bereits heute arbeiten mehr als zwei Millionen Menschen zu Stundenlöhnen von unter 6 Euro. Immer mehr Vollzeitbeschäftigte müssen ihr Einkommen mit Hartz IV-Leistungen aufstocken. Diese Menschen sind arm trotz Arbeit.

Ab dem 1. Mai 2011 gilt in Deutschland die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die Bundesagentur für Arbeit hat errechnet, was das bedeuten könnte: Jährlich bis zu 140.000 zusätzliche Arbeitskräfte aus acht osteuropäischen EU-Mitgliedsländern. Dies würde ohne Schutzmechanismen den Unterbietungswettbewerb bei den Löhnen weiter befeuern.

Ausländische Arbeitskräfte dürfen von den Unternehmen nicht als Lohndrücker missbraucht werden. Sie müssen dieselben Rechte und Löhne erhalten. Auch deshalb ist endlich ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn einzuführen und der Abschluss von Branchenmindestlöhnen zu erleichtern, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat bisher alles dafür getan, eine gesetzliche Regelung zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns zu verhindern. Sie schaut tatenlos zu, wie der Wettbewerb zwischen den Unternehmen auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird.

DIE LINKE macht weiter Druck für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von zehn Euro pro Stunde. Gute Arbeit für alle Beschäftigten – das ist unser Handlungsauftrag von der Mehrheit der Menschen und von den Gewerkschaften in unserem Land.

Im weiteren Verlauf der MV beschlossen die Mitglieder einstimmig, den [Beschluss des Parteivorstandes zu Arbeitnehmerfreizügigkeit, Mindestlohn und Equal pay](#) vom 28. März zu unterstützen. Darüber hinaus wird im Juni eine Veranstaltung zum Thema Mindestlohn mit Gudrun Giese (Autorin der Niedriglohnbrochure der BT-Fraktion) und einem Vertreter des DGB stattfinden. Zudem sollen mit einem Infostand die Marburger BürgerInnen für das Thema Mindestlohn sensibilisiert werden.